

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
Redaktion und Verloftung: Drog II., Křižkova 15. • Telefon: 20793, 31400. • (Nachredaktion): 20797 • Dehmedam: 37344

12. Jahrgang.

Donnerstag, 28. Jänner 1932

Nr. 24.

Hakenkreuz-Stinkbomben beim Moissi-Gastspiel in Reichenberg.

Reichenberg, 27. Jänner. (Eigenbericht.) Im Reichenberger Stadttheater, in dem heute abends Alexander Moissi mit seinem Ensemble in dem Bernhard Schaw'schen Stück „Der Arzt am Scheidewege“ gastierte, kam es während der Vorstellung zu wüsten Szenen. Einige Hakenkreuzler injizierten plötzlich einen Krampfadern und begannen Stinkbomben zu werfen. Die tapferen, Helden und Kulturträger schrien: „Abzug Moissi!“ und: „Reichenberg ist eine Kulturstätte!“ Die Polizei mußte einschreiten und einige Verhaftungen vornehmen. Nach Wiederherstellung der Ruhe konnte die Vorstellung zu Ende geführt werden.

Die sudetendeutschen Hakenkreuzler scheinen Wert darauf zu legen, daß sie bald auch im Ausland als durchaus gleichwertig mit den Original-Hitlerianern reichsdeutscher Prägung erkannt und bekannt werden. Sonntag in Prag ihr Auftreten beim Vortrag des Berliner Arztes Dr. Sodann — jetzt Stinkbomben gegen den berühmten Moissi und sein Berlin-Wiener Ensemble (die heute abends in Prag gastieren).

Mit der Registrierung des Zwischenrufes „Reichenberg ist eine Kulturstätte“ ist die Satire auch schon geschrieben: denn Reichenberg bleibt es eben nicht einen Tag länger, wenn die Stinkbomben des Dritten Reiches nicht eben nur eine sehr vorübergehende Zitterscheinung wären.

Internationale sozialdemokratische Kundgebung in Berlin gegen den Faschismus.

Berlin, 27. Jänner. Die Sozialdemokratische Partei veranstaltete am Mittwoch abend im Sportpalast eine Kundgebung gegen den Faschismus. Die in Berlin weilenden ausländischen Pressevertreter waren besonders eingeladen worden. Reichstagsabgeordneter Künzler führte aus, daß die Eisernen Front nicht eher ruhen werde, bis die hakenkreuzlerische Gegenrevolution zerfallen sei. Der Generalsekretär der französischen sozialistischen Partei, Faure, vom Abgeordneten Künzler eingeführt mit den Worten „Es lebe die deutsch-französische Verständigung“, versicherte, daß die französische Sozialdemokratie mit Leidenschaft und Sorge den Kampf der deutschen Sozialdemokraten verfolgen. Der ehemalige Redakteur des Mailänder „Avanti“, Renzi, erklärte, daß, wenn der deutsche Faschismus siegen werde, es mit der Freiheit zu Ende sei. Reichstagspräsident Loebe führte in seiner Rede u. a. aus, daß deutsche Proletariat gemeinsam mit dem französischen jeden Widerstand leisten werde, der die Völker in neue Abenteuer stürzen wolle.

8.300.000 Arbeitslose in USA.

New York, 27. Jänner. (Reuter.) Der Vorsitzende der amerikanischen Arbeitsföderation Green teilte mit, daß er die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten auf 8.300.000 schätze. Für das Jahr 1932 sieht er eine durchschnittliche Arbeitslosenzahl von 6 bis 7 Millionen voraus. Green ist der Ansicht, daß eine gesamtstaatliche Unterhaltungsaktion für die Arbeitslosen unternommen werden müsse.

Pläne Loebes über Beschäftigung einer Million Arbeitsloser.

Berlin, 27. Jänner. Reichstagspräsident Loebe hat dieser Tage in einer Versammlung von Plänen gesprochen, wonach eine Million Arbeitsloser durch Beschäftigung mit umfangreichen öffentlichen Arbeiten wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert werden sollen. Wie das Kont-Büro erfährt, wird der Reichstagspräsident morgen mit Reichskanzler Dr. Brüning eine Besprechung über dieses Problem haben.

Demission der österreichischen Regierung.

Seipel statt Buresch? — Schobers Ausschiffung.

Wien, 27. Jänner. (Eigenbericht.) Dem Rücktritt der Regierung Buresch ist seit Wochen eine Hezeder Seipel-Clique der Christlichsozialen vorausgegangen. Heute hat sich diese Kampagne in der Forderung der christlichsozialen Reichsparteileitung konzentriert, daß Schober aus der Regierung austrete. Als Vorwand wurde gewählt, daß die Regierung für die außenpolitischen Verhandlungen eine innerpolitische Konsolidierung brauche.

Tatsächlich beschloß der Ministerrat mit dieser Begründung seine Gesamtdemission. Buresch wurde mit der Neubildung beauftragt.

Er verhandelte nun zunächst mit den Großdeutschen auf der Grundlage, daß Veränderungen durchgeführt werden sollen und daß Schober ein Ministerium für Verwaltungsreform erhalten solle. Im christlichsozialen Klub plante man auch andere Veränderungen: so hätte der großdeutsche Justizminister Dr. Schürff Handelsminister werden, der christlichsoziale Handelsminister Heindl, der beim Seipel-Flügel nicht sehr beliebt ist, zurücktreten sollen. An Stelle des derzeitigen Unterrichtsministers hätte der steirische Landeshaupmann Rintelen treten und als Justizminister der Tiroler Christlichsoziale Schuchnigg kommen sollen. Die Großdeutschen erklärten auf die Frage, wie sie sich zum Ausscheiden Schobers aus dem Außenministerium stellen würden, daß sie dies durchaus ablehnen müßten, da dann keine Ge-

währ mehr für die Beibehaltung des bisherigen außenpolitischen Kurses gegeben wäre. Für sie wäre dann ein Weiterverbleiben in der Regierung unmöglich. Buresch verhandelte sodann mit dem Landbund auf der Basis einer Minderheitsregierung, bestehend aus Christlichsozialen und Landbund. Es heißt, diese Minderheitsregierung könnte sich nur auf 75 von insgesamt 165 Abgeordneten stützen. Es ist also fraglich, ob es möglich sein wird, eine solche Minderheitsregierung zustandezubringen.

Am späten Abend spricht man davon, daß Seipel, der sich bisher im Hintergrund gehalten hat, morgen dann plötzlich mit dem Plan einer Regierung Seipel hervortreten werde. Diese Regierung soll zunächst auf breiterer Grundlage gebildet werden, nämlich aus Christlichsozialen, Landbund und Heimatblock. Sie würde 83 Mandate haben — also eine ganze Stimme Mehrheit! Also auch diese Kombination würde sich als nicht sehr weit erweisen und für diesen Fall soll Seipel bereits einen weiteren Plan, nämlich den einer Minderheitsregierung bestehend aus Christlichsozialen und Heimatblock haben.

Die Entscheidung, die natürlich nicht vorausgesagt werden kann, wird morgen fallen zumal da der große Klub der Christlichsozialen (Abgeordnete und Landesvertreter) eine Beratung abhält. Es ist aber jedenfalls nicht ausgeschlossen, daß morgen Buresch von Seipel verdrängt werden wird.

Der japanische Angriff auf Shanghai.

Mit 13 Torpedobootzerstörern.

Tokio, 27. Jänner. Den Kriegshafen Sasebo verließen gestern 13 nach Shanghai in See gehende japanische Torpedobootzerstörer.

Charbin wieder im Feuer.

Tokio, 27. Jänner. (Reuter.) Die japanische Nachrichtenagentur „Nengo“ meldet aus Charbin: Nachdem die Versuche, eine friedliche Regelung herbeizuführen, fehlgeschlagen sind, sind in Charbin die Feindseligkeiten zwischen der chinesischen Schutztruppe der chinesischen Ostbahn unter General Tingtschao und den unter Führung des Gouverneurs der Provinz Kirin, General Hschi, stehenden Truppen heute früh wieder ausgebrochen.

Tokio, 27. Jänner. Nachrichten aus Charbin besagen, daß die Truppen des Gouverneurs der Provinz Kirin den Rückzug begonnen haben und von den Streitkräften des Generals Tingtschao verfolgt werden.

Gemeinsame diplomatische Aktion USA.—England?

London, 27. Jänner. Zu der Lage in Shanghai berichtet der „Times“-Korrespondent in Washington, die amerikanische Regierung bemühe sich offenbar zu einer Verständigung mit der britischen Regierung, zu einer gemeinsamen diplomatischen Aktion im Fernen Osten zu gelangen. Ein solches Einverständnis habe bisher nicht bestanden. Die amerikanische Regierung glaube aber, daß im Gegensatz zum Fall der Mandschurien Großbritannien in der Shanghai-Frage mit den Vereinigten Staaten ein so großes Interesse habe, daß es Amerika dort seine Mitarbeit nicht verweigern könne. Die gemeinsame diplomatische Aktion beider Länder würde darin bestehen, China an einem unbesonnenen Schritt zu verhindern, der von Japan mit der Erklärung der Blockade beantwortet werden könnte.

New York, 27. Jänner. (Reuter.) Torpedobootzerstörer „Boric“ ist gestern von Manila mit dem Ziel Shanghai in See gegangen. Vor Shanghai wird er sich dem Zerstörer „Duxton“ anschließen, der im Sargbater Hafen bisher das einzige Kriegsschiff der Vereinigten Staaten war.

Die Völkerbund-Komödie über die chinesische Tragödie.

Genf, 27. Jänner. Der chinesisch-japanische Konflikt ist seit gestern Gegenstand nahezu ununterbrochener geheimer Besprechungen. Es

scheint beabsichtigt zu sein, daß in einer der nächsten öffentlichen Sitzungen des Völkerbundes eine Erklärung abgegeben wird, in der nochmals zum Ausdruck gebracht wird, daß Japan an der Politik der offenen Tür festhält, daß es gemäß dem Washingtoner Neunmächtevertrag in keiner Weise die territoriale Souveränität Chinas verletzen und insbesondere keine Eroberungsabsichten hat. Mit der Formulierung einer solchen Erklärung beschäftigt sich zur Zeit ein Redaktionsausschuß.

Japans „Geduld erschöpft“.

Tokio, 27. Jänner. (Reuter.) Im japanischen Marineministerium wird erklärt, daß bei Nichtberücksichtigung des japanischerseits gemachten Hinweises durch China die japanische Regierung gezwungen sein wird, Maßnahmen zum Schutze des Lebens und Eigentums der japanischen Staatsangehörigen in China zu treffen. Auf eine Anfrage welche Bedeutung der gestern erfolgten Entsendung weiterer japanischer Schlachtschiffe nach Shanghai zuzuschreiben ist, wurde im Marineministerium erklärt, daß die Geduld Japans erschöpft sei.

Japanisches Ultimatum an Shanghai.

Shanghai, 27. Jänner. Der japanische Konsul hat heute abends dem chinesischen Bürgermeister ein Ultimatum überreicht, das eine Verantwortung der japanischen Forderungen vom 18. Jänner bis spätestens Donnerstag, 27. Jänner, verlangt. Hier glaubt man, daß die Japaner nur durch die bedingungslose Annahme ihrer Forderungen zufrieden zu stellen sein werden. Die Behörden der Shanghai-Chinesenstadt haben beschlossen, das japanische Ultimatum anzunehmen. Sofort nach seiner Entsendung haben sie dem Sicherheitsamt befohlen, die anti-japanischen Gesellschaften der Stadt aufzuheben.

Das Blutbad in San Salvador.

Furchtbarer Terror der entseelten Militärclique.

New York, 27. Jänner. (Reuter.) Die Militärjunta in San Salvador, welche unarmherzig von allen Mitteln Gebrauch machte, hat nunmehr vollkommen den kommunistischen Aufstand, allerdings unter großem Blutvergießen, unterdrückt. Der Aufstand wurde in allen Städten und Dörfern, wo er ausgebrochen war, niedergeworfen. Neunzehn in der Kaserne von Sonsonata verhafteten Kommunisten wurden ohne jede Urteilsfällung hingerichtet.

Der zweite Fünfjahresplan.

Die Sowjetregierung hat die Richtlinien ihres zweiten Fünfjahresplans veröffentlicht, der die Zeit bis einschließlich 1937 umfaßt. Der neue Plan der Russen verzichtet auf eine zahlenmäßige und genaue Zielsetzung, die den ersten Fünfjahresplan auszeichnet. Man begnügt sich mit allgemeinen Angaben. So soll Rußland, das heute noch Maschinen, Apparate, Teile für Maschinen usw. vom Ausland beziehen muß, am Ende des zweiten Fünfjahresplans in der Lage sein, alle diese Hilfsmittel in einer groß ausgebauten Industrie selbst herstellen zu können. Für den Bergbau, der die Anforderungen des ersten Fünfjahresplans nicht erfüllt hat, wird erklärt, daß die Kohlenförderung bis 1937 eine Steigerung auf das Dreifache des gegenwärtigen Standes, also auf etwa 250 Millionen Tonnen durchzuführen hat. In den Richtlinien wird weiter bemerkt, daß der zweite Fünfjahresplan den Zweck hat, das Prestige Sowjetrußlands zu heben. Die Krise habe das gesamte kapitalistische System erfasst, Rußland sei dagegen in der Lage, seinen Aufbau und seine industrielle Entwicklung weiter durchzuführen.

Das stimmt nicht alles ganz und die Welt weiß zu viel von den russischen Dingen, daß sie hinreichend in der Lage ist, das, was Propaganda sein soll, von der Wirklichkeit zu scheiden. Es ist auch gleichgültig, ob der erste Fünfjahresplan bis auf den letzten Buchstaben erfüllt ist oder nicht, ehe man mit einem zweiten Fünfjahresplan beginnt. Wir wissen, daß es in Rußland mit der Kohlenförderung hapert, daß es selbst unter Anwendung brutaler Mittel nicht gelungen ist, die Kohlenförderung entsprechend der Zielsetzung im ersten Fünfjahresplan auszubauen. Ebenso liegen die Verkehrsverhältnisse noch im Argen. In der Erzförderung sieht es nicht besonders gut aus; die Erzgewinnung des Fünfjahresplans ist zum größten Teil auf dem Papier stehen geblieben. Die vorgesehene Projekte konnten bei weitem nicht verwirklicht werden. Auch die Maschinenindustrie hat die Ziele des Fünfjahresplans nicht erreicht. Aber wenn man die große Linie der russischen Entwicklung betrachtet, ist das grundsätzlich ohne Belang. Diese Entwicklung marschiert, selbst wenn wichtige Teile des ersten Fünfjahresplans unerfüllt geblieben sind. Diese Entwicklung zielt darauf ab, Rußland zu einem Industriestaat umzuwandeln, einen nationalen Kapitalismus, eine nationale Industrie zu entwickeln. Hier sind die Fortschritte nicht zu leugnen, wenn auch Rußland mit seiner Industrie ein Proletariat geschaffen hat und in Zukunft noch mehr schaffen wird, das in der neuen Industrie nicht zu jeder Zeit Beschäftigung finden kann.

Rußland ist keineswegs das Land ohne Krise, Rußland ist ein Land, das jetzt schon Arbeitslosigkeit kennt und in Zukunft noch mehr kennen wird. Die Gewaltthaber in Rußland können jedoch für sich in Anspruch nehmen, daß sie eine gewaltige Investitionsperiode eingeleitet haben, eine Periode der industriellen Anlagen, die sich am besten wohl mit der Rationalisierungsperiode in Deutschland vergleicht, wo die Fabriken täglich neue Maschinen forderten, die Produktionsgüterindustrien zahlreiche Arbeiten erhielten und das Rückgrat einer Konjunktur bildeten, die jahrelang dauerte, und erst damit zu Ende ging, daß die Anforderung nach neuen Maschinen aufhörte. Etwas ähnliches vollzieht sich in Rußland. Rußland hat seine Investitionsperiode nicht in der flachen Hand wachsen lassen können. Diese Periode, die für Rußland eine noch anhaltende Konjunktur bedeutet, kostete sehr viel Geld und Rußland war, ebenso wie Deutschland, bei der Aufbringung dieses Geldes auf das Ausland angewiesen. Mit dem Unterschied, daß die Anleihen, die beispielsweise Deutschland in Devisen bekam, in Form von Waren, als Warenkredite nach

Rußland gingen. Das ist auch gegenüber Rußland anders geworden. Die kapitalistische Welt ist auch von Mißtrauen gegenüber Rußland erfüllt. Sie will nicht weiter pumpen. Andererseits wurde es für Rußland immer schwerer, die Devisen, die es als Abzahlungen für die Warenkredite des kapitalistischen Auslandes zu leisten hatte, aufzubringen.

Das ist die Lage in und für Rußland, wie sie sich treffend im zweiten Fünfjahresplan darstellt. Rußland geht mit vollen Segeln in die Antarktis, in eine Antarktis, wie sie zum Beispiel die Agarrarier verlangen, nur daß die Agarrarier die landwirtschaftliche Einfuhr ausschließen wollen, während der zweite Fünfjahresplan darauf abzielt, die Einfuhr von industriellen Artikeln nach Rußland, die Einfuhr von Maschinen, Apparaten usw. abzustoppen. Man bekennt sich im zweiten Fünfjahresplan bewußt zu dem Gedanken der Antarktis, zur Abschließung vom Weltmarkt. Nur daß man im neuen Fünfjahresplan aus der Not eine Tugend macht. Die russischen Gewalttäter sind nicht dumm genug, um die Schäden, die eine Abschließung Rußlands von der Weltwirtschaft nach sich ziehen muß, zu verkennen. Aber sie sehen sich gezwungen, eben weil das kapitalistische Ausland in der weiteren Gewährung von Krediten für Rußland nicht mehr mittun will und vielfach nicht mehr mittun kann, die Antarktis als Ideal des zweiten Fünfjahresplans zu proklamieren. Wie die russische Konjunktur nicht auf dem Sowjet-System beruht, sondern auf der Investitionsperiode und auf Auslandsanleihen, so hat auch das neue Ideal der Antarktis mit dem Sowjet-System nichts zu tun. Sie ist eine Folge der ganzen weltwirtschaftlichen Entwicklung, eine besondere Zuspitzung der Krise, den russischen Verhältnissen angepaßt.

Gegenüber diesen Überlegungen stellt sich der propagandistische Hinweis, daß Rußland das einzige Land wäre, das gegenüber der Krise gefeit ist, von selbst richtig. Man spricht aber von der russischen Krisenfestigkeit, um die Anhänger im Ausland über die wahren Zusammenhänge hinwegzutäuschen. Für das russische Binnenland selbst ist die Bewirtschaftung schon schwerer und nicht ganz einfach. Die Antarktis, zu der man sich entschließen mußte, wird von jedem einzelnen in Rußland Opfer fordern. In einer Zeit, wo die Wechsel, die man mit dem ersten Fünfjahresplan ausgestellt hat, fällig werden. Man hat den russischen Arbeitern und Bauern versprochen, daß nach Ende des ersten Fünfjahresplans die Zwangsrationierung von Waren aufhören sollte. Die Zeit des ersten Plans ist vorbei. Die russische Bevölkerung hat sicherlich Beschwerden getragen. Der alte Streit, die Warenrationierung, aber bleibt. Dafür verspricht man in den Richtlinien des zweiten Planes weiter. Man werde nach Beendigung des zweiten Fünfjahresplans das Maß der Güter, das auf den Einzelnen fällt, verdoppeln und verdreifachen. Ein neuer Wechsel, der hoffentlich 1937 besser eingelöst wird als die im ersten Fünfjahresplan ausgestellten Wechsel. Vorläufig bleiben es aber — Versprechungen.

Deutsche Treue.

Ein interessanter politischer Prozeß in Plan.

Am 30. Jänner findet vor dem Planer Bezirksgericht ein Ehrenbeleidigungsprozeß statt, den der gewesene Vorsitzende der Deutschen Nationalpartei Dr. Brunar gegen den Buchdruckereibesitzer Knab und dessen Schwiegerjohn Lotter in Plan angeklagt hat. Dem Prozeß liegt der folgende Tatbestand zugrunde:

Im Dezember 1930 teilte Abg. Dr. Hassold Dr. Brunar mit, er habe mit ihm im Auftrage des Parteivorstandes über die Angelegenheit des Marienbader „Gemeindeblattes“ zu sprechen. In diesem Blatte waren nämlich eine Reihe von

Kuffäßen gegen die Abg. Kallina und Hassold erschienen. Bei der Zusammenkunft legte Hassold Dr. Brunar umfangreiches Material vor, aus dem hervorgehe, daß

Dr. Brunar, Abg. Horpynka und Ansförge verächtlich seien, dem „Gemeindeblatt“ Informationen erteilt zu haben.

Als Grund der Unterredung gab Dr. Hassold an, er sei vom Buchdruckereibesitzer Knab, Plan, beauftragt, auf Grund dieses Materials zu versuchen, die Schulden, die das „Gemeindeblatt“ nach seinem Eingehen bei Knab hinterlassen hatte und die sich auf etwa 20.000 K beliefen, von den daran interessierten Parteien einzutreiben. Als Dr. Brunar über diese Auffassung lachte, gab Dr. Hassold sogleich zu, daß eine Rechtsgrundlage für eine solche Forderung natürlich nicht aufstellbar sei, daß er aber die Rechtsvertretung des Knab nur deshalb übernommen habe, um eben zu diesem Material zu gelangen und daß er es Dr. Brunar vornehmlich deshalb zeige, um ihm die Auffassung des Parteivorstandes in diesem Falle darzulegen. Denn bei den Veröffentlichungen in dem „Gemeindeblatt“ handelt es sich teilweise auch um

vertrauliche Mitteilungen aus Sitzungen des parlamentarischen Klubs und des Vorstandes der Deutschen Nationalpartei.

Später hat dann auch der Schwiegerjohn Knabs, Lotter, während einer Parteivorstandssitzung im Parlament die Behauptung aufgestellt, zu den Informanten des Gemeindeblattes habe auch Dr. Brunar gehört. Auf Grund dieser Tatsache überreichte Dr. Brunar gegen die beiden Genannten die Ehrenbeleidigungsklage.

Bei der gerichtlichen Einvernahme erklärte Dr. Brunar und Abg. Horpynka übereinstimmend, Abg. Hassold habe den Parteivorstand dahin unterrichtet, daß Knab ausdrücklich Dr. Brunar als Mitinformant des „Gemeindeblattes“ erwähnt hätte. Ebenso bestätigte Abg. Horpynka dies bezüglich Lotter. Als nun Abg. Hassold einvernommen wurde, gab dieser an, er habe nie behauptet, daß Knab oder Lotter eine solche Beschuldigung gegen Dr. Brunar erhoben hätten und auch Lotter leugnet, dies getan zu haben. Nun hatte Abg. Hassold aus dem Material Dr. Brunar auch ein sogenanntes Gedächtnisprotokoll vorgelesen, das Dr. Hassold sich zur Hilfe nach der Unterredung mit Knab verfaßt hatte. Dr. Brunar gab bei Gericht an, er könne sich genau erinnern, daß in diesem Gedächtnisprotokoll als Informator auch Dr. Brunar genannt wurde und auch Abg. Horpynka erinnerte sich an die betreffende Stelle. Bei der Konfrontation blieb Dr. Hassold dabei, eine derartige Behauptung sei nicht aufgestellt worden und sie sei auch in dem Gedächtnisprotokoll nicht enthalten. Das Protokoll selbst konnte er nicht sogleich vorlegen. In dem Gedächtnisprotokoll nun, das Abg. Hassold nachträglich aus seinen Akten durch zwei Klubkollegen herausuchen und

dem Bericht einfinden ließ, war tatsächlich jene Stelle, an die sich sowohl Dr. Brunar als auch Abg. Horpynka genau erinnern konnten, nicht enthalten. Sowohl Knab als auch Lotter haben Dr. Brunar bereits Ehrenerklärungen angeboten, die dieser jedoch deshalb nicht annahm, weil es sich ihm in dem Prozeß gar nicht so sehr um die Beurteilung der Beklagten oder um eine Ehrenerklärung durch diese handelt, sondern um die Klarstellung der ganzen mysteriösen Affäre. Zur Einvernahme weiterer Zeugen, darunter fast des gesamten Parteivorstandes der Deutschen Nationalpartei, wurde seinerzeit die Verhandlung vertagt und soll nun am 30. Jänner fortgesetzt werden. (DNE)

Abrüstungs-Rundgebungen der Kriegsbeschädigten

Das Büro der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmerverbände (Giamac) hat für den 5. und 6. Feber 1932 eine erweiterte Vorstandssitzung in den Konferenzsaal des Atheneums nach Genf einberufen. In dieser wird die in allen Staaten durchgeführte Aktion der Kriegsteilnehmervereine anlässlich der Abrüstungskonferenz besprochen und dann in Form einer Denkschrift die Willensäußerung der ehemaligen Kriegsteilnehmer dem Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz persönlich unterbreitet werden. Am 7. Feber findet in Genf eine öffentliche Rundgebung der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmerverbände, die der Giamac angeschlossen sind, statt.

In Durchführung der oben erwähnten Aktion fanden am 24. Jänner 1932 in zehn Arbeitsgebieten des Bundes der Kriegsbeschädigten, Witwen und Waisen, die Reichsbanner, Betriebsversammlungen statt, in denen eine Entschlieung folgenden Inhalts angenommen wurde:

Die in der Giamac zusammengeschlossenen Kriegsteilnehmer und Kriegsoffiziere sind nicht nur Gegner des Krieges, dessen unheilvolle Wirkungen sie mehr als alle anderen Menschen gespürt haben; durch ihre aufrichtige Zusammenarbeit wollen sie dazu beitragen, daß der Krieg praktisch aus den Beziehungen der Völker zuwider ausgeschaltet werde. In diesem Sinne haben die Versammlungen der Giamac immer jene internationale Politik unterstützt, die durch das Bemühen des Völkerbundes das Ziel verfolgt, die Staaten durch Ausübung der Schiedsgerichtsbarkeit miteinander zu verknüpfen, die gegenseitige Sicherheit zu organisieren, die es gestattet, einem jeden Staate zu verbieten, sich selbst ein Recht zu verschaffen und eine Völkerverordnung einzusetzen, welche die Anwendung der Gewalt zu bezwecken und jeden der Staaten zu unterlassen, erlaubt.

Die Giamac ist der Ansicht, daß das Fortbestehen großer und ständig erhöhter Rüstungen der einzelnen Länder in Europa und in der ganzen Welt die Furcht der einzelnen Völker voneinander fördert, Mißtrauen erweckt und einen Zustand der Angst vor Drohung und Angriff unterhält. Gleichzeitig bringt dieses Fortbestehen das Wirtschaftsleben der einzelnen Länder und die Wirtschaft in Europa und in der ganzen Welt um gewaltige Opfer, deren Fehlen sich gegenwärtig schmerzlich bemerkbar macht.

Die Giamac bekräftigt deshalb die äußerst wichtige Aufgabe, die der Allgemeinen Abrüstungskonferenz im gegenwärtigen Augenblicke zufällt. Namentlich ihrer vier Millionen Mitglieder beschwört sie die in Genf versammelten Vertreter der Regierungen, ihre Arbeit mit dem Willen zu tun, der Welt die Verwirklichung zu geben, auf die sie ein Recht hat. Eine endgültige Lösung

muß in der Errichtung der gegenseitigen Sicherheit gesucht werden, um die Zusammenarbeit der zivilisierten Völker zu organisieren, um dem Krieg vorzubeugen und gegebenenfalls Einhalt zu gebieten.

Die Giamac hofft, daß die Vertreter der in Genf versammelten und ihren Vätern gegenüber verantwortlichen Regierungen in diesem Geiste verhandeln.

Am 31. Jänner 1932 werden in weiteren 15 Arbeitsgebieten solche Versammlungen durchgeführt werden, bei denen die gleiche Entschlieung zur Behandlung kommen wird.

„Das dritte Reich ist der Frieden.“

Unsere Naziführer und ihre Presse erklären gern, daß der Faschismus keinen Krieg wolle und durchaus friedlich sei. Nun hier eine Probe der friedlichen Nazigeimnung:

Auf der ersten öffentlichen Versammlung der Eidenburger Nazis nach dem Ende des Weltkrieges sprachen die Reichstagsabgeordneten Röber und Spangemacher. Die „Befer-Zeitung“ hat darüber ausführlich berichtet.

Nach diesem Bericht hat der Nazireichstagsabgeordnete Spangemacher einen außerpolitischen Amoklauf unternommen. Er erklärte, daß die Franzosen Narren wären, wenn sie abrüsteten. Deutschland hätte aber die Pflicht, aufzurüsten. Der Todfeind Deutschlands sei nach wie vor Frankreich. Mit ihm gebe es, wie Spangemacher wörtlich betonte, keine Veröhnung.

„Einem von uns muß sterben, und du sollst sterben, du Hund Franzos, weil wir leben müssen.“

Aber es kommt noch besser! Spangemacher erklärte wörtlich:

„Brand ist ein Fuchshändler, Anabenschänder und syphilitischer Paranoiker und Loyal ein niederrassischer Bastard.“

Von solchen „Bastarden“ und „Fuchshändlern“ will Spangemacher (der Mann sitzt im Reichstag und macht angeblich deutsche Politik!) nicht nur die Streckung der Reparationen, er will ihnen selbst — nach einem von Hitler, Spangemacher und Komforten siegreich geführten neuen Weltkrieg — ebenfalls einen „Schandvertrag von Versailles“ aufzuziehen; denn Spangemacher will doch den neuen Krieg zumindestens gewinnen! Deshalb steht er die Zeit nicht fern, wo — wie er wieder wörtlich erklärte, hoffentlich wieder

Heereskolonnen über die Rheinbrücken nach Westen gen Frankreich marschieren.

Der Landesauschuss für Böhmen behandelte in seiner Sitzung vom 27. Jänner 1932 außer laufenden Angelegenheiten auch 86 Gemeindevoranschläge für das Jahr 1932 und 18 Gemeindevoranschläge für das Jahr 1933 sowie 16 Bezirke die Einhebung von Bezirkszuschlägen. Der Landesauschuss vergab Bau- und Maschinenarbeiten in den Landesanstalten im Gesamtbetrage von 78.000 K und bewilligte Landesbeiträge zu Meliorationen und Wasserleitungen in der Höhe von 218.000 K. Weiter beschloß der Landesauschuss das Gebäude der Landes-Zwangsarbeitsanstalt auf dem Gradstein dem Staate für 15 Millionen Kronen zum Kauf anzubieten.

Jan Hus / Der letzte Tag

Ein geschichtlicher Roman v Oskar Wöhrl

(Verlag „Der Böhmer“ G. m. b. H., Berlin SW 61.)

Der streckt jedem, der die Türe aufstößt mit einem Bisslaut die Zunge bis zum aufstößt, mit einem Bisslaut die Zunge bis zum Halsknoten heraus. Trotzdem Jögula dieses Beizeitwerks gewohnt sein könnte, erschrickt er doch jedesmal neu, wenn er in die grimmige Straße schaut. Auch diesmal schüchtern ihn die häßliche Larve ein. Er nimmt den Schreden als Schildwache und beschließt, seine Forderung um weitere fünf Gulden zu verringern. Zwanzig also, aber dabei muß es bleiben!

Unaufhörlich querschen die Türen. Hier, im Vorzimmer des Vogts, summt es wie bei einem Aufbruch der Bienen. Nur daß diese Warenträger hier keinen Honig anschnappen, sondern das Gegenteil, Unrat.

Jogg Jögula hebt manchmal ganz brauchbare philosophische Gedanken. Wenn es nichts Befriedigendes in der Welt gäbe, überlegt er wäre die Weltswäre heil; so aber eiert sie mit jedem Schlag weiter.

Stehend kommt der schwindelnde Botenmeister ins Zimmer. Rundschaffner Nummer 19 gibt das Reitlein mit der Metalltafel ob das ihm leberseitig Empfangs beim Vogt sichert. Dann setzt er sich auf einen Stuhel.

Das Warten wird beinahe unerträglich; alle vernünftigen Gedanken querscht es ab. Ueber eine Stunde dauert es, bis der Vogt Zeit für Jogg Jögula hat.

Eine Stunde hat sechzig Minuten, und eine Minute ist lang. In einer Minute kann das Gehirn sechzigmal um den Konstanzer Stadter reiten. In einer Minute kann das Gehirn sechzig Stürze tun, jeden von der breiten Plattform des Münsters hinunter. In einer Minute kann das

Gehirn zwanzig Gulden bequemt in zweihundertsechzig Schilling Pfennige umrechnen und diese zweihundertsechzig Schillinge nicht minder bequem in dreißig Pfund Heller. Sechzigmal in der Stunde kann das Gehirn diese Minutenrechnung machen. Und je mehr das Jögula-Gehirn diese Rechnung macht, desto mehr kommt es zur Ueberzeugung, daß zwanzig Gulden ein Berg voll Geld ist, der von der Stadt nie für eine Sache, wie die angebotene, verkauft werden wird.

Und jetzt, als die Tür aufgeht und Hans Sagen, der Vogt, von seinem Stuhl aus die Nummer 19 mit ungeduldigem Knurren heranzwinkt, springt der die Rechenstapel im Gehirn stierend entzwei, daß die unten Augen durch alle Adern spritzen, und an die freigewordene Stelle tritt Angst, fürperhafte Angst. Der Hund schält sich aus seiner Hülle heraus und die Kreatur, die da vor dem harten, mißtrauischen Blick des Vogts kriecht, wird froh sein, wenn sie für die Schurkerei, die sie jetzt stönd andringt, so viel herausquetscht, daß es für die rotäugige Frau Anna und die drei geduldbäuhigen, ewig hungrigen Kinder halbwegs zu einem satmochenden Froh reicht.

4.

Karel, der Knappe, verzieht das Gesicht, als erneue ihn ungezuckerter Ingwer.

Es ist ihm gar nicht recht, daß er zur Pfalz mitmüß.

Bel lieber wäre er in Luzias Nähe geblieben, für niemand anders mehr zu finden.

Jetzt hat ihm Kevla das Kommando in die Ohren geknallt. Was soll er tun? Ein Knappe hat seinen eigenen Willen. Er ist Geschöpf in der Hand eines Großherren. Darin gleicht er dem Wäch, dem sturen Soldaten des Himmels. Es wird ihm befohlen: er hat zu gehorchen. Er wird nie gefragt: Paßt dir das? Paßt dir das nicht? Er ist ein Ding, wie jedes andere. Ein Ding

wie Hund oder Knecht. Er hat eben anzutreten, wenn ihm gepiffen wird.

Die Herren sind drei Bängen voraus. Karel wendet den Kopf. Das Pferd spürt diese Bewegung. Es verneigt einen Augenblick; denn es kennt die Stelle, von wo aus sein Reiter bei jedem Austritt Rückschau hält.

Doch er mag vom Ende der Gasse aus zurückblicken, wie er will, diesmal winkt keine weiche Hand aus dem Fenster. Diesmal grüßt ihn kein Augenpaar und bewundert den stolzen Gang seines Wallachs. Diesmal schaut niemand auf seinen flatternden Brum, auf die bunten Bepfeifen und Bänder des Zaumzeugs. Nur die tote Front der Fenster starrt. Doch sind das Augen?

Karel hat zum Glück nicht Zeit, sich länger träuben Gedanken hinzugeben. Die Herren vor ihm sind in die Straße eingeschwenkt, es heißt aufgepackt; denn gerade jetzt, zur Zeit der Belver, ist der Weg zur Pfalz schier verstopft von Ritzern, reitenden Pfaffen und dem auf- und abströmenden Volk.

Auch jetzt ist für den Augenblick kaum ein Durchkommen. So weit das Auge schauen kann, nichts als Menschen, nichts als Menschen. Alle Plätze sind vollgepackt. Wie ein buntes, brodelndes Teig fällt das die Strahlen und Gassen bis zum Münsterplatz hin. Am Rathaus, am Obermarkt, stoch alles. Kein Being kann mehr vorwärts. Dort ist der brodelnde Teig zur Mauer erstarrt.

Kevla, des engen Passes wegen Wenzel von Daba und Jan von Trocnow voraus, gibt das Halsteigen. Karel schließt auf. Jetzt, festgepackt auf engen Raum, kann das Auge um so beweislicher weiden.

Ein Kneher, dieser Hellesardier steht da und stemmt sich mit aller Gewalt gegen das Haus. Ein gedanzelter Krebs, der sich abmüht, um von der Woge nicht mitgespült zu werden.

„Heh, Mann, was ist eigentlich los?“ fragt Herr Kevla vom Pferd herunter.

„Was wird groß los sein! Wahrscheinlich bringen sie den ausgerissenen Papst jurid.“

„Paßt du solche Sehnacht noch ihm?“

„Ja kann mich beherrschen!“ lachte der Pausbache. „Ich steh ja im Stadtbrot und nicht im Papstbrot. Aber ich mein' in meinem Schädel, die Welt muß doch alleweil einen Papst haben, dem sie zu Dienst sein kann, und soll' sie einen stellen oder aus dem Boden rausgraben!“

„Das schon, aber vorläufig sitz' er noch im Turm von Gottlieben!“

Der Kleine kann kein Widerwort geben; denn gewaltig drängt ein neuer Menschenstrom an. Trotz seiner quergestellten Armbärde, mit der er kopfer rudert, hat der Krebs doch alle Mühe, sich gegen die schreiende Flut zu behaupten. Sein lustiges Gesicht verzerrt sich vor Anstrengung zur Grimasse.

„Dort!“ ruft Kevla und streckt die Hand gegen das Schnecktor hin.

Die Herren heben sich im Bügel und blenden die Augen ab.

Auch Karel reißt sich neugierig doch.

An der Stelle, auf die Kevla gezeigt hat, braust die graue Menschenflut wellig auseinander; ein buntes Reil treibt sich lärmend hinein. Spielleute sind es, Trommler und spahbeinige Pfeifer, die einem Zuge voranschreiten. Es wird lauter und lauter.

Jetzt mischen sich mit prallem Getöse und Wosaunenbläser ein. Es ist, als ob sie mit ihrer Melodie eine breite, strahlende, sich hochstellende Brunttreppe legen, auf welcher die von ihnen Geführten im Marschschritt hochsteigen.

Wald ist der Zug so nahe, daß man am hochgehobenen Messing der Fanfaren goldgebohrte Wapen... her schimmern sieht. Das Wapen

ist noch nicht erkennbar. (Fortsetzung folgt.)

Otto Braun ein Sechziger.

Otto Braun, der heute 60 Jahre alt wird, ist der Sohn einer Landarbeiterstochter. Sie ließ ihn in Königsberg, seinem Geburtsort, die Volksschule besuchen — die Schule des Lebens war für ihn bedeutsamer. Er erlernte den Stein- und Buchdruck, strebte aber stets über enge Berufswissen hinaus. Die geistigen Grundlagen der sozialistischen Bewegung, der er sich abtunmungs- und gefühlsmäßig von frühester Zeit an verbunden fühlte, studierte er in den Geheimzirkeln der damals verfolgten sozialdemokratischen Jugend. Vor allem war er ein eifriges Mitglied des „Leseklub Kant“ — das Sozialisten-gesetz zwang zu diesen unerbötlichen Namen: vier arbeitenden Studenten deutscher und russischer Herkunft über Aristoteles, Hegel und Marx, „Verborren vor den Augen und Ohren der Polizei lösten wir hier die großen Weltanschauungsprobleme“. . . . schreibt Otto Braun einmal. Aus dem Theoretiker von damals wurde einer der größten Praktiker der Gegenwart.

In der harten Konsequenz, die ihm stets zu eigen ist, erkennt Otto Braun, daß es nicht nur notwendig ist, zu erkennen, sondern auch zu wirken. Der Buchdrucker wird zum Schriftsteller, zum Journalisten. In jugendlichem Egoismus gründete Otto Braun mit Ludwig Dussel eine Wochenzeitung für die Propaganda der Reichstagswahl von 1893. Diese Wahlzeitung wurde ein regelmäßiges Wochenblatt „Volkstribüne“; aus der „Volkstribüne“ wurde später die „Königsberger Volkszeitung“.

Otto Braun war nicht nur sein eigener Zeitungs-herausgeber, sein Redakteur, sein Drucker; er arbeitete ferner als Geschäftsführer der Allgemeinen Ortskrankenkasse; beteiligte sich führend an dem Konsumverein, der um die Jahrhundertwende in Königsberg gegründet wurde; bewährte sich — unter der Führung Hugo Haase — als guter Kommunalpolitiker in der Königsberger sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion.

Otto Braun kannte vor allem einen Kampf: den gegen die feudalen Herren, die ihre Landarbeiter in dunklen Katen ein elendes Leben führen ließen. Sonntag um Sonntag fuhr Otto Braun, dessen Fähigkeit einer seiner hervorragendsten Vorträge ist, aufs Land, um zu werden, zu agitieren. Mit Leidenschaft sprach er bei den Landarbeitern. Die Sozialdemokratie, die bald erkannte, daß sie in Otto Braun den hervorragendsten Vertreter der Landarbeiterinteressen und einen glänzenden Sachverständigen in allen Agrarfragen gewonnen hat, wählte ihn im Jahre 1911 in den Parteivorstand. Im Jahre 1914 wurde Otto Braun im Wahlkreis Nieder-Barnim — Ober-Barnim ins preussische Abgeordnetenhaus gewählt. Hier im Reichstagsparlament vertrat er mit der ganzen Schärfe seiner reichen Erfahrungen und mit der ganzen Liebe, die er stets den Unterdrückten gegenüber walträftig bewiesen hat, die Interessen des Sozialismus.

Nach der Staatsumwälzung im Jahre 1918 wurde Otto Braun das Ministerium für Landwirtschaft zugeteilt. Der junge Kabinettchef erfuhr sofort in Otto Braun den besten Helfer, der die Landwirtschaft zu retten suchte; die Landarbeiter erhielten endlich ihre staatsbürgerliche Freiheit. Kein Wunder, daß ihn die Großgrundbesitzer „Minister gegen die Landwirtschaft“ nannten. Otto Braun antwortete: „Wenn man die Landwirtschaft Preußens allein mit den Interessen des östlichen Großgrundbesitzes kurzzeitig identifiziert, dann allerdings, aber nur dann, bin ich ein Minister gegen die Landwirtschaft.“ Den Ehrentitel „Landarbeiter-Minister“ nehme ich gern an.“ Selbstverständlich beugte sich Otto Braun nicht mit dem geistig-berühmten Akt der Landarbeiterbefreiung. Vor allem verjuchte er das Uebel der Landflucht zu bannen. In der Landflucht sah er die schwerste Gefahr für die Arbeiterbeschaffung der Landwirtschaft des deutschen Ostens; ferner für die ohnehin nur kleinen Ansätze von Gewerbe und Industrie. Er wußte, daß in erster Linie außer der politischen Rechtslosigkeit, die schlechte Entlohnung und die furchterlichen Wohnverhältnisse für landwirtschaftliche Arbeiter die Ursache für die Landflucht war. Unter Otto Brauns Leitung gelang es auch dem preussischen Landwirtschaftsministerium, alljährlich so viel Mittel bereitzustellen, daß in den Jahren 1921 bis 1928 2.107.5 neue landwirtschaftliche Werkwohnungen und 16.895 Landarbeiter-eigenheime gebaut werden konnten!

Nach dem Kapp-Putsch wurde Otto Braun preussischer Ministerpräsident. Der Posten, der früher mehr repräsentativer Natur war, erhielt durch ihn hohe staatsmännische Bedeutung. Durch die allmähliche Demokratisierung der Verwaltung, d. h. durch stärkere Heranziehung von Republikanern zur Beamtenschaft, wurde Preußen zum Hort der deutschen Republik. Ihre Einheit zu retten half er vor allem im jähren Kampf gegen den Separatismus. So wurden Otto Braun und Carl Severing die von der Reaktion beschafften Männer, Symbole der deutschen Demokratie.

Otto Braun ist heute der erste Staatsmann der deutschen Sozialdemokratie, er ist aber auch ihr erster Kämpfer. Führer der „Eisernen Front“, auf den sich in den Tagen der Entscheidung die Mitle des Weltproletariats richten.

Deutschlands Zahlungen

unter der französischen Lupe.

Paris, 27. Jänner. „Petit Parisien“ veröffentlicht heute die ziffermäßigen Angaben über die deutschen Reparationsleistungen, wie sie Finanzminister Flandin dem Finanzausschuß der Kammer vorgelegt hat.

Bis zum 30. Juni 1931 zahlte Deutschland demnach 6.097.577.582 Goldmark bar, 11.573.639.785 Goldmark in Waren und 3.742.166.015 Goldmark durch Gebietsabtretungen (Gruben im Saargebiet, Rheindrücken u. a.).

Davon erhielt Frankreich 2.416.721.288 Goldmark in bar, 5.324.968.498 Goldmark in Waren, 409.340.783 Goldmark in Form von Gebietsabtretungen, insgesamt also 8.151.030.569 Goldmark.

Diesem werden 2.985.886.592 Goldmark für „Okkupationsausgaben“ Frankreichs in Abzug gebracht, so daß Frankreich 5.165.144.017 Goldmark, d. i. über 51 Milliarden Franken, erhielt.

Demgegenüber habe Frankreich für seine zerstörten Gebiete, insbesondere für Immobilien, bis zum 1. April 1931 97.881.000.000 Franken ausbezahlt und soll noch weitere fünf bis sechs Milliarden Franken zahlen. In diesen Zahlen

sind jedoch die Zinsen für jene Summen, welche Frankreich bereits im Vorhinein bezahlt hat, nicht enthalten. Insgesamt wurde Frankreich durch die Erklärleistungen für die zerstörten beweglichen und unbeweglichen Güter mit einer Summe von 250 Milliarden Franken (Kapital und einfache Zinsen) belastet.

Deutschland behauptet, bisher insgesamt 56 Milliarden Goldmark, d. i. etwa 330 Milliarden Franken, gezahlt zu haben. Die deutsche Schätzung dürfte bezüglich der Vorauslagen wohl noch richtig sein, überwiebe jedoch sehr stark die selbst erklärten Naturverluste; so z. B. bringe Deutschland 30 Milliarden für die Abreise der Handelschiffe für sich in Anrechnung.

Der sozialistische Abgeordnete Leon Blum teilte gestern im Finanzausschuß der Kammer mit, er werde in der Deputiertenkammer seinen Antrag neuerlich zur Erörterung stellen, daß die deutschen und französischen Reparationszahlen einer internationalen Kommission, z. B. der Finanzkommission des Völkerbundes, zur Beurteilung vorgelegt werden. „Petit Parisien“ meint, daß Frankreich bei dieser eventuellen Arbitrage durchaus nichts zu riskieren habe.

Tschchoslowakische Anleihe-Ansuchen in der Pariser Kammer.

Paris, 27. Jänner. (Havas.) Der Finanzminister legte heute der Deputiertenkammer einen Gesetzentwurf vor, welcher die Staatskasse ermächtigt, der Tschchoslowakei eine Anleihe in der Höhe von 600 Millionen Franken zu gewähren.

In dem Motivendbericht beruft sich die französische Regierung auf die internationale Solidarität und erinnert daran, daß ähnliche Vorschüsse bereits im vorigen Jahr Ungarn und Südbanien gewährt wurden. Er fügt hinzu, daß sich die tschchoslowakische Regierung im Dezember vorigen Jahres an die französische Regierung mit dem Ersuchen gemandt habe, sie möge ihr Hilfe gewähren und die vorübergehende Situation überwinden helfen. Die französische Regierung erkannte noch Prüfung dieses Ansehens, daß die Gewährung einer Anleihe voll berechtigt ist und die Finanzlage der Tschchoslowakei trotz den vorübergehenden Schwierigkeiten gesund bleibt, da die tschchoslowakische Regierung alle Maßnahmen getroffen hat, um die Wirtschaftskrise zu überwinden und daß sie außerdem ein Programm der Ersparungen und Steuererhöhungen ausgearbeitet hat. Die französische Regierung erinnert an das Interesse, welches Frankreich daran hat, daß die tschchoslowakischen Kredite unangestastet bleiben und daß die Tschchoslowakei ihren Verpflichtungen voll nachkommen könne. Am Schluß bemerkt die französische Regierung, es seien alle Garantien gegeben worden, daß diese Anleihe längstens binnen fünf Jahren bezahlt werde.

Die Wahlrechtstämpfe in der Kammer.

Paris, 27. Jänner. In der Deputiertenkammer ereignete sich heute wegen der Wahlreform ein scharfer Zusammenstoß. Es handelt sich um den Antrag des Wahlrechtsausschusses der Kammer, daß im ersten Examinium der Parlamentswahlen jener Kandidat für gewählt erklärt werde, der 40 Prozent der Stimmen erreicht hat. Die Linksparteien, insbesondere die sozialistische und die radikale Fraktion, stellen sich grundsätzlich gegen den Antrag, den sie als grobe Verletzung des Grundgesetzes des Wahlrechtes bezeichnen. Vor Weihnachten gelang es der Opposition, die Beratung des Antrages zu vereiteln. Heute aber wurden die sozialistischen Gegenanträge abgelehnt, u. zw. das erstmalig mit 313 gegen 253 Stimmen und das zweitemal mit 314 gegen 250 Stimmen. Alle Deputierten hatten von ihren Klubs die Weisung erhalten, persönlich in der Sitzung anwesend zu sein, da über alle Abänderungsanträge die namentliche Abstimmung stattfinden sollte.

Die Kehreite der deutschen Zölle.

Berlin, 27. Jänner. Der Reichsverband des deutschen Groß- und Ueberseehandels teilt mit, daß er in einer Rundgebung an den Reichskanzler Dr. Brüning die Reichsregierung auf die außerordentlichen ernsten Nachrichten aufmerksam gemacht hat, die aus Skandinavien, den Randstaaten und Holland über die Rückwirkungen der deutschen Zollmaßnahmen auf den Transithandel und auf das deutsche Exportgeschäft übereinstimmend gemeldet werden. Die neue deutsche Zollverordnung — so heißt es weiter — werde zwar zu der von der Landwirtschaft gewünschten und an sich zu begründenden Preiserhöhung für Butter führen, bedeute aber darüber hinaus eine Störung des gesamten Import- und Exportgeschäftes infolge der Unsicherheit, ob und welche weiteren Artikel von den Zollermäßigungen ergriffen werden.

Mussolini mobilisiert Greise, Frauen und Minderjährige.

Rom, 27. Jänner. Das Gesetzsblatt verlautbarte gestern das Gesetz vom 14. Dezember 1931 über die Kriegsdienstpflicht. Dieses Gesetz verpflichtet alle Körperschaften, alle Staatsbürger unter 70 Jahren, die nicht militärisch tätig sind, alle Frauen und die Minderjährigen über 16 Jahre, die nicht irgend einem militärischen Verband angehören, zur Verteidigung und zum Widerstand mit dem Geiste der Hingebung und des Opfertums von Kampftruppen. Hierzu gehören: Bestimmung aller erforderlichen materiellen Mittel und geistiger Mut, Einschränkung aller Aufwandes und Verbrennes, Enthaltung von allem, was die Widerstandskraft des Landes beeinträchtigen könnte, absoluter und sofortiger Gehorsam gegenüber den Forderungen der betrauten Behörden, Mitteilung aller Informationen militärischen Charakters und sonstige Hilfeleistungen jeder Art für das Vaterland. Befreit sind nur Personen, die besonderer Pflege bedürfen, und schwangere Frauen.

Ueberparteiliches Komitee für die Kandidatur Hindenburgs?

Berlin, 27. Jänner. Nach Blättermeldungen wurden gestern die Beratungen über die Bildung eines überparteilichen allnationalen Komitees begonnen, das die Kandidatur Hindenburgs zum Reichspräsidenten vorschlagen soll. Die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen. Als führendes Mitglied des Ausschusses wird Dr. Eikenex genannt. Gleichzeitig wurden unter Teilnahme von Regierungsmitgliedern Beratungen mit politischen Exponenten geführt, damit die Kandidatur Hindenburgs von allen Parteien, außer den Kommunisten, einmütig angenommen werde.

Patentreiz-Ephantiasis.

Berlin, 27. Jänner. Laut „Völkischem Beobachter“ sind im Dezember 120.000 Personen der NSDAP beigetreten. In wenigen Wochen werde die Partei eine Million eingeschriebener Mitglieder erreichen.

Speichellecker!

Berlin, 27. Jänner. Die preussische Landtagsfraktion der deutschen nationalen Volkspartei hat heute folgendes Telegramm an den ehemaligen Kaiser nach Doorn in Holland gerichtet: „Eure Majestät bitte ich, auch in diesem Jahre die ehrerbietigsten Glückwünsche der deutschen nationalen Fraktion im preussischen Landtag auszusprechen zu dürfen.“
Bez. von Winterfeld.

Briand Generalsekretär des Völkerbundes?

London, 27. Jänner. Meldungen aus Genf zufolge ist unter den Delegierten eine Agitation im Gange, Briand zu veranlassen, der Nachfolger Sir Eric Drummonds als Generalsekretär des Völkerbundes zu werden. Drummond habe es endgültig abgelehnt, weiter dieses Amt zu bekleiden.

Akademisches Säbelgerassel.

Berlin, 27. Jänner. Das Professorenkollegium und die Studentenschaft der Berliner Technik veranfaßte gestern eine Kundgebung aus Anlaß der bevorstehenden Abrüstungskonferenz. Nach einer Ansprache des Rektors Dr. Lübben wurde eine Erklärung angenommen, worin es heißt: Wir protestieren feierlich gegen die neue Vergewaltigung des deutschen Volkes. Wir wehren uns dagegen, daß die Abrüstungskonferenz neuerlich dazu benützt werde, um die Versailler Fesseln noch enger zu schmieben und daß das deutsche Volk auf Grundlage einer Lüge über die Schuld am Kriege weiter unterjocht bleibe. Wir fordern, daß der erzwungenen Erschließung und Rechtslosigkeit des deutschen Volkes ein Ende gesetzt werde. Wir verlangen, daß die übrigen Nationen die Abrüstungsverpflichtung erfüllen, die ihnen durch das Versailler Diktat auferlegt worden ist. Wir fordern weiter für uns Freiheit der Rüstung, wie dies unserer nationalen Sicherheit entspricht. Im Bewußtsein der Verantwortung vor dem vergangenen und dem künftigen Geschlecht, führt es das deutsche Volk als Erniedrigung, daß der deutschen Jugend verboten bleiben soll, was anderen Völkern als höchste nationale Pflicht und Ehre gilt: Vorbereitung zur Abwehr der Jugend für die Verteidigung des Vaterlandes. Deutschland muß leben, auch wenn wir sterben müßten.

Hindenburg-Veteranen mit schlechtem Gedächtnis.

Die Blätter der Moskowiter beschäftigten sich dieser Tage mit unserem Leitartikel „Romdientpiel um Hindenburg“. Bezeichnend für die Kampfkraft und den Ernst kommunistischer Polemiker ist es, daß sie überhaupt nicht mehr schreiben können, ohne nicht die Worte des Gegners ins Gegenteil zu verdrehen. Wo wir in dem Artikel der Polbürokraten zitiert werden, ist das Zitat gefälscht, der klare Sinn unserer Worte ins Gegenteil verkehrt, wobei man auch vor einer direkt falschen Wiedergabe nicht zurückscheut. Das nur nebenbei. Was die Hauptsache betrifft, die kommunistischen Behauptungen, daß die Sozialdemokratie in einer Einheitsfront mit den Faschisten für Hindenburg stehe, um das deutsche Volk, das für „Sowjetdeutschland“ streitet, auszuhungern, möchten wir die jungen Herren an das erinnern, was sich im Jahre 1925getragen hat. Die jetzigen „Führer“ der KPD waren damals freilich noch teils zu jung, um sich für Politik zu interessieren, teils standen sie im Lager des Vorkommens. Aber sie können die Akten darüber nachschlagen, daß im Jahre 1925 Hindenburg, der Kandidat der monarchistischen Reaktion mit Hilfe der Kommunisten gegen den republikanischen Kandidaten gewählt wurde. Jahrelang hat die KPD sich den Namen „Hindenburgkommunisten“ mühen gelassen, weil ihre Haltung allein, damals den Sieg der Jugendfront bewirkt hat. Wenn im jetzigen Augenblick die Entscheidung zwischen einem Republikaner und einem Faschisten zu fällen ist, so kann man ja übrigens sicher sein, daß die KPD wieder wie 1925 gegen die Republik entscheiden und einem Epp oder Fried zum Siege verhelfen wird!

Die saueren Trauben.

Rumänien braucht angeblich den Nichtangriffspakt mit Rußland nicht.

Riga, 26. Jänner. Ueber die in Riga zwischen Rumänien und der Sowjetunion geführten Verhandlungen wird von rumänischer autorisierter Seite folgende Erklärung veröffentlicht:

Die rumänische Regierung sieht sich gezwungen festzustellen, daß die Moskauer Regierung von Anfang an in einem rumänisch-sowjetrussischen Nichtangriffspakt nur eine Gelegenheit sah, den Wert derjenigen Verpflichtungen, die bereits früher zwischen den beiden Ländern bestanden, wie z. B. den Kellogg-Pakt und das Litwinow-Protokoll, zu schmälern. Die rumänische Regierung hat bisher die Moskauer Regierung gebeten, in ihren Postenverträgen die formellen Verpflichtungen zu berücksichtigen, auf Grund deren Rumänien die Verhandlungen aufgenommen hatte und in ihn die charakteristischen Wesenszüge eines Nichtangriffspaktes hineinzuarbeiten. Unter diesen Umständen und bis zu einer Aenderung der Haltung der Sowjetregierung zieht es Rumänien vor, auf dem durch den Pakt von Paris und das Moskauer Protokoll begründeten Rechtsstandpunkte zu verbleiben.

Rüstungen kommunistische Demonstration in Brünn.

Das Tsch. v. B. meldet: Nach den von den Kommunisten einberufenen Arbeitslosenversammlungen in den Brünn Vorständen Hufowice und Zidenice verjuchten gestern um 17 Uhr Gruppen von Arbeitslosen, größtenteils Kommunisten, von der Feile in die Stadt zu ziehen, offenbar in der Absicht, die aus den Fabriken heimkehrende Arbeiterschaft zu Demonstrationen hinzureißen. Die Polizei schritt ein, doch sammelten sich die Demonstrationen von neuem und zogen zum Bahnhof, wo sie schließlich von der Sicherheitswache zertrant wurden. Ein Demonstrant verlor im Café „Grandhotel“ eine Fenster-scheibe. Sechs Personen wurden verhaftet und wegen Nichtbefolgung der Anordnungen der Wache polizeilich abgestraft. Um 18 Uhr herrschte in der Stadt absolute Ruhe. Die aus den Fabriken heimkehrende Arbeiterschaft ließ sich von den Kommunisten nicht provozieren.

Tagesneuigkeiten

Der Vorläufer und die Erben.

Zum 70. Geburtstag R. S. Wölfs, der ein Menschenalter lang die deutschösterreichische Bourgeoisie politisch geführt hat und einer der gefährlichsten Gegner der Arbeiter, ein gefährlicher Anwalt der Klasseninteressen der Besitzenden war, erscheint im „Tag“ ein Heftchen, in dem es zum Schluß heißt:

In der „Deutschösterreichischen Tageszeitung“ in Wien, die das Erbe der alten „Österreichischen Rundschau“, der Gründung R. S. Wölfs, angetreten hat, erscheint allwöchentlich eine Anzeige folgenden Wortlautes: „Für die Vermittlung von Versicherungen aller Art... bei rein arischer deutscher erstklassiger Gesellschaft... empfiehlt sich den Volksgenossen in Wien und in der Provinz R. S. Wolf, Wien VII., Sandgasse Nr. 32.“

Nichts kann wohl das Schicksal des einst gelebten Politikers und nationalen Vorkämpfers besser charakterisieren als diese kleine Anzeige. So rein wie seine Ideale, so rein bleiben seine Hände. Wäre etwas anderes wahr, dann lebte er nach dem Schmachtag vom Herbst 1918 an nicht in der alten Donaustadt Wien als ein Mann mit leeren Händen und leeren Taschen, angewiesen auf ein sorgenvolles spätes Brot, angewiesen als Staatsrat a. E.

Wir gedenken seiner anlässlich seines 70. Geburtstag in allen Ehren. Das tragische Geschick einer obtretenden Zeit machte es zur Unmöglichkeit, daß er während sein Ideal zum Endziel bringen konnte. Aber daß die Jahre, die er trug, nicht viel, sondern neuerhoben, umrauscht von neuer Erkenntnis der erwachenden Nation zum Banner des Hakenkreuzes wurde, und daß die geklarte völkische Weltanschauung im Nationalsozialismus ihren siegreichen Ausdruck gefunden hat, das wird auch den alten Kämpfer R. S. Wolf alle Enttäuschungen des Lebens milder beurteilen lassen.

Es ist erfreulich, daß sich die Nationalsozialisten, während sie doch sonst die Spuren ihrer Vergangenheit zu verwischen suchen, zu diesem Vorkämpfer bekennen und sich ausdrücklich seine Fortsetzer und Erben nennen. Unter dem Protektorat der Deutschradikalen und ihrer finanziellen Hintermänner sind sie groß geworden. Ihr Werk — die Befreiung der deutschen Arbeiter für die Interessen der Besitzenden — setzen sie fort und der Mann, der sich noch heute für Geschick aller Art „bei rein arischer deutscher erstklassiger Gesellschaft“ empfiehlt, hat einstweilen die politischen Geschäfte dieser erstklassigen Ausbeuterorganisation befehligt, die heute fast seiner die Diktatorien führen. Immerhin hatte er wirklich noch ein anderes menschliches und männliches Format als ein Hehl, ein Jung ein Krebs oder Goebbels; ist die Arbeiterschaft mit einem R. S. Wolf fertig geworden, wird sie auch mit seinen menschlich kleineren Erben fertig werden!

Zeichen der Zeit.

Schwere Bewaffnung der Wiener Briefträger.

Wien, 27. Jänner. Wie die „Reichspost“ erzählt, ist im Einvernehmen mit der Wiener Polizeidirektion die Ausrüstung der Wiener Briefträger mit Taschengewehr mit Knüppeln und mit Signaltrumpfen beschlossen und die allfällige und freiwillige Ausbildung der Briefträger im Schieß- und Schießplan geplant. Auch die Paketbesteller und die Hilfsarbeiter für Pensionen sollen demnächst damit ausgestattet werden.

Ein kommunistischer Abgeordnetenkandidat als Führer einer Räuberbande. Dieser Tage wurde mit einer Diebsbande der ehemalige Führer der Kommunisten in der Chrudimer Verband Josef Sarkoun aus Herman Mitec verhaftet. Die Bande hatte in der ganzen Gegend von Chrudim Diebstahl vollführt, unter anderem fiel auch der Verdacht auf Sarkoun. Tatsächlich wurden in seiner Wohnung bei einer Hausdurchsuchung aus Diebstählen stammende Gegenstände gefunden. Sarkoun wurde verhaftet und dem Kreisgericht in Chrudim eingeliefert. Die Verhaftung erregte schon deswegen Aufsehen, weil der Verhaftete seinerzeit für die R. P. C. ins Abgeordnetenhaus kandidiert hatte.

Arbeitslosen-Tagodie. Zwei Arbeitslose, Cyper der kapitalistischen Wirtschaftskrise, wurden, wie wir gestern kurz berichteten, in einem aufgelassenen Schacht bei Kosten verhaftet. Die beiden haben sich, da ihnen die Gesellschaft nicht den nötigen Unterhalt gewährte, unter Gefährdung ihres Lebens so recht und schlecht zu erhalten versucht. Sie wanderten tagaus, tagen zum aufgelassenen Ottokar-Schacht und begannen unter schwierigen Verhältnissen nach Kohle zu graben. Nach und nach hatten sie einen Schacht ausgehöhlt, den sie aber, wohl deshalb, weil ihnen keine Mittel zur Verfügung standen, nicht zu sichern vermochten. Vorgesestern nachmittags gingen sie nun wieder an diese lebensgefährliche Arbeit. Es sollte das letzte Mal sein. Während sie arbeiteten, brach die nichtgefüllte Decke herein und begrub sie. Einige andere Arbeitslose, die sich in der Nähe befanden, unternahm sofort Rettungsversuche und hatten Hoffnung, da sie noch Klappnetze vernahmen, ihre beiden Schicksalsgenossen lebend zu bergen. Aber kurze Zeit darauf zeigte es sich, daß ohne Mithilfe einer größeren Zahl von Personen eine Bergung der beiden Verhafteten aussichtslos war, denn über ihnen verfiel sich Erdmassen in einer Stärke von nicht weniger als 8 bis 10 Meter! Nach 6 Uhr abends

Auf der Suche nach dem Unterseeboot „M 2“.

40 Mann, 6 Offiziere — leben sie noch? — wird man sie finden und retten?

London, 27. Jänner. (Reuter.) Die Marinekommandatur in Portsmouth gab spät abends nachfolgende Mitteilung heraus: Wir warten noch immer ängstlich einen Bericht über das Unterseeboot „M 2“ ab. Die letzte Mitteilung vom U-Boot erhielten wir heute (am Dienstag) früh um 10 Uhr 11 Minuten. In dieser Mitteilung wurde uns bekanntgegeben, daß das U-Boot die vorchristlichen Arbeiten begonnen habe, darunter auch die Tauchübung. Zwei Torpedobootzerstörer und weitere zwei Unterseeboote wurden entsandt, um nach dem U-Boot „M 2“ zu jagen; bisher sind die Rettungsschiffe noch nicht zurückgekehrt. Die See ist ganz ruhig, doch sinkt Nebel herab.

London, 27. Jänner. Nach einer Meldung des Press-Association konnte bis 3.30 Uhr früh keine bestimmte Spur des gesunkenen Bootes „M 2“ gefunden werden. Eine Anzahl Zerstörer hat die ganze Nacht hindurch unter Benutzung von starken Scheinwerfern ein weites Gebiet auf der Höhe von Portland Head vergeblich abgesehen.

London, 27. Jänner. (Reuter.) Das Unterseeboot „M 2“ wurde im Jahre 1920 erbaut. Die Wasserverdrängung beträgt 1450 Tonnen. Das Schwesterboot des U-Bootes „M 2“, das

arbeitete eine ganze Kolonne, doch war es erst um 1 Uhr nachts möglich, einen Bericht zu erhalten, und zwar den 25 Jahre alten Botschafter, allerdings nur als Leiche, zu bergen. Zwei Stunden später fand man dann die Leiche des 22jährigen Rudolf Schöck. Die Untersuchung der Leichen durch den Arzt ergab, daß die beiden Arbeitslosen wahrscheinlich so schwere innere Verletzungen erlitten hatten, daß sie daran verschieden. Wahrscheinlich wäre aber ihre Rettung auch sonst nicht möglich gewesen, weil sie wohl von jeder Luftzufuhr abgeschnitten waren und daher erstarrt wären. Die Wirtschaftskrise, der Kapitalismus, hat zwei weitere Opfer gefordert. Das Schicksal dieser beiden Arbeitslosen ist eine Mahnung an alle Arbeiter, sich einzureihen in das Heer des Klassenbewußten Proletariats und mitzukämpfen für die Befreiung dieser Wirtschaftsordnung, die Arbeitslose dem Elend und Hunger ausliefert und zugrunde gehen läßt.

Ungewöhnlich hoher Barometerstand. Das mittlereuropäische Druckhoch hat sich im Laufe des letzten Tages noch etwas verstärkt, so daß in seinem Kern in Mitteldeutschland Mittwoch früh ein Luftdruck von 788 Millimeter (im Meeresniveau) verzeichnet wurde. In Prag betrug der Luftdruck gleichzeitig 787 Millimeter, das ist der allerhöchste Wert während der letzten 25 Jahre, nämlich seit dem Jahre 1907, wo am 23. Jänner 789 Millimeter verzeichnet wurden. Der gesamte Witterungscharakter bleibt infolge dessen unverändert.

Weitere Arbeiterentlassungen im Falkenauer Kohlenrevier. In der ersten Hälfte des Monats Jänner wurden im Falkenauer Kohlenrevier bei den Montanwerken, den Vereinigten Britannia-Kohlenwerken und bei den dem Montanwerken angehörigen Kohlenwerken in Boden abermals 100 Arbeiter entlassen. Weitere zehn bis zwanzig Bergarbeiter haben ihre Entlassung in den nächsten Tagen zu erwarten. Die Werksdirektionen begründen ihre Maßnahmen damit, daß der Abstand zwischen dem Kohlenpreis in Deutschland und dem Preis der westböhmischen Kohle nicht überbrückt werden könne.

Hausierer-Tod. Montag wurde in seiner Wohnung in Jachek a. Strawica der Hausierer Johann Fenzinger tot aufgefunden. Der Arzt stellte fest, daß Fenzinger bereits vor sieben bis zehn Tagen an fortschreitender Tuberkulose verstarb.

Verfehlungen eines Lehrers. In der Ortschaft Liebostitz in Westböhmen war die Art der Beziehungen des Schulleiters zu den ihm anvertrauten Knaben seit einiger Zeit der Bevölkerung aufgefallen. Als dieser Tage ein 13-jähriger seinen Eltern gegenüber bestimmte Aussagen über sittliche Verfehlungen seines Lehrers machte, wurde die Anzeige gegen den Schulleiter erstattet und zur Untersuchung der Angelegenheit ein Schulinspektor und Gendarmen nach Liebostitz entsendet. Der Schulleiter wurde suspendiert, hätte aber, da die in Frage stehenden Verfehlungen unter das Strafrecht fallen, ein gerichtliches Verfahren zu erwarten gehabt. Um dem zu entgehen, verübte er Selbstmord durch Erhängen. Er war verheiratet und Vater zweier Kinder. Im Zusammenhang mit der Affäre, die in der kleinen Ortschaft großes Aufsehen erregt hat, ist ein 16-jähriger Bursche, der mit dem Schulleiter in Beziehungen gestanden war, aus dem Orte verschwunden, ohne daß bekannt wäre, wohin er sich gewendet hat.

Bei den Nachforschungen nach den Leichen von Soldaten im ehemaligen Kampfgebiet sind in der Zeit vom 28. Dezember bis 21. Jänner in der Gegend von Arras 208 Leichen gefunden worden, und zwar 142 französische Soldaten, von denen 44, und 66 deutsche Soldaten, von denen acht identifiziert werden konnten.

Personenzug und Autocar. Unweit von Craiova (Rumänien) stieß bei einem Bahnübergang ein Personenzug mit einem vollbesetzten Autocar zusammen. Der Autocar wurde vollkommen zertrümmert. Vier der Reisenden

U-Boot „M 1“, sank im Jahre 1925. Damals gingen mit diesem U-Boot 68 Matrosen unter. Das U-Boot „M 2“ hat sechs Offiziere und etwa vierzig Mann Besatzung an Bord. Die britische Admiralität versichert, daß das Unterseeboot „M 2“ mit den allermodernsten und vollkommensten Rettungsvorrichtungen ausgestattet ist, darunter auch mit einem besonderen Apparat, der es der Besatzung ermöglicht, ein Mann nach dem anderen an die Meeresoberfläche zu gelangen. Das U-Boot „M 2“ kann unter der Meeresoberfläche mindestens 48 Stunden, ohne jeden Schaden zu nehmen, verbleiben.

Borretter der Todesverkündung.

London, 27. Jänner. (Reuter.) In einem amtlichen Bericht des Marineministeriums werden erste Borretter wegen des Lebens der Besatzung des U-Bootes „M 2“ gegeben, wobei keine Nachrichten eingetroffen sind. An die Frauen der verheirateten Seeleute des Unterseebootes „M 2“ wurden amtliche Depeschen geschickt, in denen mit Bedauern mitgeteilt wird, daß ihre Männer vermisst werden und erste Verfürchtung besteht, daß sie mit „M 2“ ertrunken sind, das auf offenem Meer bei Portland gescheitert ist.

waren auf der Stelle tot, 16 wurden verletzt, darunter der Großteil schwer. Sämtliche Reisenden gehörten dem Landwirtsstande an.

Der Haftbefehl gegen Labusen. Die Justizpressestelle in Bremen teilt mit: In der Voruntersuchung gegen die Gebrüder Labusen hat die Strafkammer Bremen entsprechend dem Antrag der Staatsanwaltschaft beschlossen, den Haftbefehl gegen G. Karl Labusen aufrechtzuerhalten. Das Gericht nimmt an, daß Fluchtverdacht auch bei Stellung der von dritter Seite angebotenen Sicherheit sowie Verdunkelungsgefahr bestehen.

Große Ueberschwemmungsgefahr droht infolge der andauernden Regengüsse den Nordgebieten des Staates Louisiana und den Distrikten des Staates Arkansas neuerdings. Im mittleren Teile des Staates Mississippi hat der über seine Ufer getretene Fluß Yazoo 50.000 Acres Boden unter Wasser gesetzt.

Sabotage-Akte in Indien. Der Schnellzug Kalkutta-Benares ist gestern früh zwischen Jitwa und Bains, 325 Meilen von Kalkutta, entgleist, doch ersorderte der Unfall keine Opfer an Menschenleben. An der Unfallstelle fand man die Schienen herausgerissen. Es ist dies während dieser Woche bereits der zweite Sabotageakt in der Nähe von Kalkutta.

Ein unverschämter Schwarzfahrer. Montag mittags mietete ein unbekannter Mann in Prag ein Auto nach Mähr.-Ost. Frau. Der Chauffeur kam mit dem Mann bis Biskowitz, wo er ohne zu bezahlen verschwand. Der Autobesitzer erleidet einen Schaden von 1200 K.

Das schnellste Motorboot. Der Amerikaner Gar Wood hat nach mehreren Versuchen den britischen Schnellkeilrekord mit einem Motorboot, den Kone Don mit einer Geschwindigkeit von 110,28 Stundenmeilen erreicht, mit einer Stundengeschwindigkeit von 111,785 Meilen überboten, was den Anspruch auf einen Weltrekord bedeutet.

Die Berliner Schülermörder. Unter dem Verdacht, an der Ermordung des 16-jährigen Schülers Herbert Norbus in Berlin-Noabit beteiligt zu sein, wurden von der Berliner Politischen Polizei sechs jugendliche Kommunisten verhaftet. Von den Festgenommenen, die sämtlich befreiten, mit dem Schülermord etwas zu tun zu haben, konnten drei durch Gegenüberstellung mit den Zeugen des Vorfalls als Radesfahrer überführt werden. Als Wehrstehler und Mörder des Norbus kommt ein 23-jähriger Arbeiter Tod aus Noabit in Frage. Tod ist flüchtig.

Flugzeugkatastrophe. Der Rekordflieger und Flugzeugfabrikant Edwards Stinson stürzte in der Nähe von Chicago mit seinem Flugzeug ab und erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Drei Passagiere wurden gleichfalls schwer verletzt.

Weselmännische Barden, die einige tausend Mitglieder zählen und sehr gut ausgerüstet sind, plündern und verewähen, wie aus Kassa Mir gemeldet wird, systematisch die Dörfer in den Bezirken Koozdari und Kottli. Samstag kam es zu einem Zusammenstoß zwischen einer Kassa Bande und einer Polizeieinheit, wobei zwei Personen getötet und vier schwer verletzt wurden.

Landwirtschaftliche Vegetationsklassen in Böhmen im Jahre 1930. Nach den Angaben des Statistischen Zentralamtes gibt es in Böhmen 172 landwirtschaftliche Vegetationsklassen (128 tschechische, 44 deutsche). Die Vegetationsklassen nach dem Stande vom 31. Dezember 1930 insgesamt: 32.505.000 K. Stammvermögen, die Klee- und sonstigen Pflanz betragen 145.351.000 K. Die Pflanzanlagen betragen 3.807.810.000 K. Die Pflanzanlagen betragen 231.798.000 K. Darfassen wurden in der Gesamthöhe von 3.130.194.000 K. gewährt. Der Gesamtgewinn macht 12.107.000 K. aus. Die Bilanzsumme betrug im Jahre 1930 4.285.344.000 K., der Kassastand 15.509.045.000 K.

Eine Frau als Fortschrittsfreundin. Bei der Expedition, die gesponsert unter Leitung des Professors Gregory die wüsten Zentren von Peru in der Nähe der Küste des Zillan Ozeans

und wenig besuchte Berghöhen erforschen will, befindet sich auch eine Frau, Miss M. Kinnon Wood. Die Expedition soll 6 Monate dauern. Miss Wood entfernt sich bei jeder Gelegenheit nicht zum ersten Male so von allen Bequemlichkeiten bewohnter Gebiete. Sie hat sich schon vor einiger Zeit an einer ähnlichen Expedition in Ostafrika beteiligt und von dort eine beachtenswerte Sammlung von Insekten mitgebracht, die einer größeren Kollektion in Glasgow übergeben worden sind.

Garbode im Zuschauerraum! Verhandlungen zwischen dem Reichskontrollrat für Preisüberwachung und den Besitzern der Berliner Privattheater führten zu einer Vereinbarung, wonach der Garbodebesitz in den Privat-Theatern aufgegeben wird. Schirme und Stühle müssen abgegeben werden; aber sonst kann man in Zukunft den Zuschauerraum mit Garbode betreten. Ferner haben sich die Theaterdirektoren verpflichtet, die vollständigen Programme in den Wandbälgen auszuhängen, damit das Publikum nicht zum Programmkauf gezwungen ist.

Der „Vertragsangestellte“.

Aurzüchtiger Egoismus — teuer bezahlt. — Die Waffe des Arbeitenden ist die Organisation.

Der Zufall trieb mir heute einen alten Bekannten in den Weg. Ich hätte ihn nicht erkannt, wenn er sich nicht gemeldet hätte. Der erste Eindruck besagte: ein Arbeitsloser, ein schon lange Arbeitsloser. Ich wunderte mich. Dieser Mann, ein befähigter, hoch qualifizierter Beamter, war durch Jahre bei der hiesigen Direktion einer bekannten Versicherungsgesellschaft angestellt gewesen. Ich erinnere mich noch wohl seines siegesreichen Lachens vor fünf Jahren: „... zweihundert monatlich mehr als die anderen. Als Vertragsbeamter! In der Organisation darf ich nicht sein. Woju brauch' ich eine Organisation? Ich werde es schon schaffen. Du wirst sehen!“

Ich sah. Einen verhungerten armen, armen Menschen, der mich lebendiglich um drei Kronen bat — fürs Nachtasul. Im Kaffeehaus taute er ein wenig auf und begann zu erzählen. Ein Reichster alter Schamhaftigkeit ließ ihn sorgsam seine durchlöcherter Ellbogen verdecken.

Die Versicherungsangestellten besitzen einen guten Kollektivvertrag, der nur durch beiderseitige Uebereinstimmung der organisierten Dienstgeber und -nehmer kündbar ist. Dieser Vertrag garantiert den definitiv Angestellten, eine beträchtliche Abfertigung im Falle des Abbaues, die es ihnen unter Umständen ermöglicht, sich eine neue Existenz zu gründen. Ueberflüssig zu sagen, daß dieser Kollektivvertrag den Direktoren ein Dorn im Auge ist. Abzuändern ist er nicht — außer im beiderseitigen Einvernehmen — und an ein Zustandekommen eines solchen „Einvernehmens“ ist bei der guten Führung der Gewerkschaft nicht zu denken. Also trachtete man einen anderen Keil in die Einheit der geschlossenen Angestelltenchaft zu treiben.

Diesen Keil repräsentieren die sogenannten Vertragsangestellten. Ist eine Stelle frei, so sucht die betreffende Direktion sich einen Mann zu sichern, der sich vertraglich verpflichtet, auf die durch die Organisation garantierte Dienstpragmatik Verzicht zu leisten. Kodel, wie man schon ist, gewährt man 200 bis 300 Kronen pro Monat mehr. Dabei es nicht an honiglichen Worten fehlt. „Persönliche Lichthit entscheidend“ — „Gelegenheit, sich eine glänzende Stellung zu schaffen“ usw. usw. Ja, der Herr Generaldirektor selbst entschließt sich in solchen Fällen (unter Ueberwindung seiner Abneigung gegen das plebejische Angestelltenpad) dem Gebereten eine Zigarette anzubieten. Und der abledende „Secherte“ akzeptiert.

Jahre vergehen. Er hätte als Mitglied der Organisation schon längst das Definitivum und Schutz gegen willkürliche Kündigung. Wo aber sind seine hochfliegenden Träume geblieben? Langst schon ist sein Gehalt niedriger als der seiner Kollegen, denn der verlotternde Vertrag galt natürlich nur für das erste Jahr. Auf beschreibende Reklamationen erkornt er ein unwilliges Abscheiden zur Antwort: „Wenn Ihnen nicht paßt — bitte! Es gibt genug Interessenten.“

Und während die organisierten Kollegen abanzieren, „erneuert“ man mit großmütiger Geste von Jahr zu Jahr den ursprünglichen Vertrag. Langst schon liegt sein Einkommensniveau unter dem seiner organisierten Kollegen. Dabei ist er ein Fremdkörper in der Kollegenschaft. Man traut ihm nicht, wenn auch vielleicht mit Unrecht. Ein armer Unwissender, vielleicht von vornherein verblendet von radikal-faschistischen Schlagworten, ist hier arrierten Ausbeutern ins Garn gelaufen.

Und dann das Ende: am 15. August findet er einen Brief auf seinem Arbeitsplatz vor: „... bedauern wir, auf Ihre weiteren Dienste verzichten zu müssen...“ Schwächelnde Kündigung („hochachtungsvoll“ natürlich)! Unanfechtbar im Sinne des Handelsgesetzbuches. Denn was die Pragmatik für die Mitglieder der Organisation statuiert, das gilt für einen solchen armen Außenseiter nach Recht und Gesetz nicht.

Ich sehe meinen Nachbar an. Dies ist der elegante, siegesreiche Bombivant, der er noch vor vier Jahren war. „Bitte — wenn Du kannst — drei Kronen! Zum Schlafen im Nachtasul.“ Geo.

